

Antrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Kai Gehring, Krista Sager, Ekin Deligöz, Katrin Göring-Eckardt, Britta Haßelmann, Grietje Staffelt, Elisabeth Scharfenberg und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildungsgipfel muss Ergebnisgipfel werden – Für ein gerechtes und besseres Bildungswesen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung ist die Voraussetzung für den individuellen Aufstieg und die Grundlage eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems. Sie entscheidet über Teilhabe oder Ausschluss, sozialen Zusammenhalt, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Gute Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Beschäftigung und Innovation. Ein gerechtes und effizientes Bildungswesen ist damit in Zeiten der Wissensgesellschaft, der Globalisierung und des demographischen Wandels zu der entscheidenden Zukunftsfrage der Gesellschaft geworden.

Unser Bildungssystem in Deutschland ist jedoch weder gerecht noch besonders leistungsfähig. Insbesondere Kinder aus bildungsfernen und einkommensarmen Haushalten bekommen weniger Chancen, sich zu entfalten. Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Behinderte, Menschen mit veralteten oder geringen Qualifikationen sowie Mütter mit kleinen Kindern oder auch hochqualifizierte Frauen mit Karrierepotenzial scheitern an strukturellen Hemmnissen. Im internationalen Vergleich rangiert die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems allenfalls im Mittelfeld. Trotz einiger Verbesserungen hat unter anderem die letzte OECD-Studie (OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) „Bildung auf einen Blick 2008“ wieder einmal belegt, welcher Nachholbedarf auf allen Ebenen besteht.

Um im Bildungssystem einen echten Durchbruch hin zu mehr Qualität und Gerechtigkeit zu schaffen, brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Der Bildungsgipfel bietet dazu eine Chance – wenn er zu einem Ergebnis- und Umsetzungsgipfel wird. Statt weiterer Kompetenzstreitigkeiten und unverbindlichen Ankündigungen brauchen wir konkrete und verbindliche Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern. Hier ist die Bundesregierung gefordert, ein Konzept für eine Gesamtstrategie vorzulegen.

Dabei wird sich die Ernsthaftigkeit des vielbeschworenen Bildungsaufbruchs vor allem an den Finanzen entscheiden. Hier zeigt sich, ob die Forderung nach Vorrang für Bildungsausgaben nur ein Lippenbekenntnis ist oder ob die Weichen tatsächlich richtig gestellt werden. Mehr Geld macht aber nur Sinn, wenn es in effektive Strukturen investiert wird. Deswegen sind gleichzeitig mit der deutli-

chen Prioritätenverschiebung zugunsten der Bildung strukturelle Reformen notwendig. Dies gilt für alle Bereiche des Bildungssystems.

Die frühkindliche Förderung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit. Durch frühe Förderung können ungleiche Startchancen ausgeglichen und das Recht auf Bildung für alle Kinder von Anfang an verwirklicht werden. Doch bislang fehlen in Deutschland schlichtweg die Voraussetzungen dafür. Im gesamten vorschulischen Bereich mangelt es noch an verbindlichen Qualitätsstandards und Qualitätssicherungsinstrumenten. Wir brauchen daher eine Qualitätsoffensive, die ihren Namen verdient. Dazu gehört ein bundeseinheitliches Qualitätssiegel für Kinderbetreuungseinrichtungen, das Kriterien wie Gruppengröße, Personalschlüssel, Raum- und Sachausstattung genauso berücksichtigt wie pädagogische Qualität, Bildungsangebote und gesunde Mahlzeiten. Aber auch bei der Quantität frühkindlicher Angebote herrscht noch Mangel. Von einem bedarfsdeckenden Angebot an Kindertagesbetreuung vor allem für Kinder unter drei Jahren sind wir noch weit entfernt. Es fehlt insgesamt an ganztägigen Angeboten und die Öffnungszeiten der Einrichtungen sind oft unflexibel und lebensfern.

Das deutsche Schulsystem ist ungerecht: Kinder aus sozial schwächeren oder Migrantenfamilien haben bei gleichen Fähigkeiten eine viel geringere Chance auf eine Gymnasialempfehlung als ihre Mitschüler. Das deutsche Schulsystem vergeudet systematisch Potenziale: Viel zu viele Kinder und Jugendliche durchlaufen die Schule, ohne einen Schulabschluss oder die nötigen Kompetenzniveaus zu erreichen. 20 Prozent der 15-Jährigen erreichen z. B. beim Lesen höchstens die niedrigste PISA-Kompetenzstufe (PISA: Programme for International Student Assessment), das heißt, sie gehören zu den funktionellen Analphabeten. Das mehrgliedrige Schulsystem mit seiner frühen Selektion der Kinder, die fehlende Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen und das geringe Angebot von gebundenen Ganztagschulen sind die Hauptursachen dieser Bildungsmisere. Wir brauchen daher einen grundlegenden Wandel der Schulen, so dass Schülerinnen und Schüler in Zukunft länger gemeinsam lernen und konsequent individuell gefördert werden. Wir wollen ein gutes, gesundes und kostengünstiges Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler.

Das deutsche Ausbildungssystem hat über die Jahrzehnte stark an Integrationskraft verloren. Nur noch 60 Prozent aller Ausbildungsplatzbewerber eines Schuljahrgangs schaffen es überhaupt in eine reguläre Ausbildung. Die anderen landen in Übergangsmaßnahmen ohne anerkannten Abschluss. Inzwischen suchen rund 380 000 Jugendliche noch ein Jahr nach ihrem Schulabschluss oder länger nach einem Ausbildungsplatz. Doch die Bundesregierung traut sich an eine echte Strukturreform nicht heran. Weder Ausbildungspakt noch Ausbildungsbonus sind die richtigen Instrumente. Vor allem für Hauptschülerinnen und -schüler bleibt eine Lehrstelle häufig ein unerfüllter Wunsch. Jedes Jahr kommt die Hälfte von ihnen nach der Schule in berufsvorbereitende Maßnahmen. Diese erweisen sich für viele als ineffiziente Warteschleifen. So verschwenden die Jugendlichen ihre Lebenszeit und die öffentliche Hand jährlich 3 bis 4 Mrd. Euro.

In Deutschland herrscht jetzt schon ein Akademikermangel; die Studierendenquote ist im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern zu gering. Studienplätze sind bereits heute vielerorts Mangelware – diese Situation wird sich massiv verschärfen, da dank geburtenstarker Jahrgänge und verkürzter Schulzeit mehr junge Menschen mit Studienberechtigung ihr Studium aufnehmen wollen. Bund und Länder müssen mindestens 700 000 Plätze mehr als heute anbieten, um einen flächendeckenden Einser-NC (NC: Numerus clausus), endlose Warteschleifen und Verdrängungskämpfe auf dem Lehrstellenmarkt zu verhindern. Dabei reicht es nicht, allein den demografischen Wandel auszugleichen: Wir brauchen darüber hinaus eine deutliche Erhöhung der Studierendenquote, um im

internationalen Vergleich mitzuhalten. Der Hochschulpakt I verfehlt bislang seine Ausbauziele – er darf aber keinesfalls scheitern.

Ohne Steigerung der gesamtstaatlichen Bildungsausgaben auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau wird der Bildungsaufbruch nicht gelingen. Der Solidaritätszuschlag ist daher schrittweise in einen sog. Bildungssoli zu verwandeln. Ein Teil der Einnahmen, nämlich rund 23 Mrd. Euro, welche die vorgesehenen Ausgaben für den Solidarpakt bis 2019 übersteigen, können damit gezielt für bessere Bildung eingesetzt werden. Der Investitionsbegriff ist so zu modernisieren, dass die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung den traditionellen Investitionen haushaltsrechtlich gleichgestellt sind und somit Anreize für vermehrte Ausgaben in diesen Bereichen entstehen. Dabei setzen wir uns dafür ein, sowohl die Ausgaben für klassische Investitionen als auch die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung netto (Ausgaben abzüglich Abschreibungen und Privatisierungen) zu betrachten. Die finanziellen Spielräume, die durch den demographischen Wandel und durch die Effizienzgewinne, wie der Abschaffung des Sitzenbleibens, entstehen, sind ausschließlich zugunsten des Bildungsaufbruchs zu verwenden. Zusätzliche Mittel lassen sich durch eine aufkommensorientierte Reform der Erbschaftssteuer und die Ersetzung des Ehegattensplittings durch einen übertragbaren Freibetrag von 10 000 Euro generieren. Allein mit dem letzten Vorschlag stehen jährlich für den Ausbau der U3-Betreuung (Betreuung für Kinder unter drei Jahren) 5 Mrd. Euro zur Verfügung.

Von einem gerechten und qualitativ hochwertigen Bildungssystem sind wir in Deutschland also noch weit entfernt. Umso wichtiger ist es, den kommenden Bildungsgipfel als Chance für einen qualitativen Durchbruch zu nutzen. Denn wer jetzt nicht die richtigen Weichen stellt, vernachlässigt eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen und verkennt die Bedeutung der Bildung für die Zukunft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
beim Bildungsgipfel mindestens folgende Punkte zu vereinbaren:

1. Jedes Kind muss ab der Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz haben. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive unter Beteiligung des Bundes, mit Qualitätsstandards und Qualitätsüberprüfung für die Kinderbetreuung. Nur so können möglichst viele Kinder möglichst früh von guter Bildung profitieren. Zugangshürden durch Elternbeiträge müssen schrittweise abgebaut werden;
2. jedes Kind, jeder und jede Jugendliche hat ein Recht auf individuelle Förderung. Dafür müssen die Länder sich zu ersten Schritten auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen über das 4. Schuljahr hinaus verpflichten. Bis 2020 sollen überall gebundene Ganztagschulen angeboten werden. Deshalb muss jetzt das Kooperationsverbot wieder aufgehoben und noch 2009 ein Ganztagschulprogramm II auf die Beine gestellt werden. Unser Ziel ist zudem, dass in allen Ganztagschulen ein gutes, gesundes und kostengünstiges Mittagessen angeboten wird;
3. das Recht auf Ausbildung für Jugendliche muss umgesetzt werden. Das bisherige Übergangssystem muss durch echte Ausbildung an überbetrieblichen Ausbildungsstätten und in Betrieben ersetzt werden; das reine Verwehren von Jugendlichen in Warteschleifen muss aufhören. Grundlage dafür ist eine echte Strukturreform, die die gesamte berufliche Ausbildung in Modulen aber weiterhin im Rahmen des Berufsprinzips organisiert. Für Schulabbrecher wollen wir außerdem mehr Produktionsschulen;
4. mehr junge Menschen müssen studieren können. Dafür müssen sich Bund und Länder auf Grundzüge eines effektiveren Hochschulpakts einigen. Darin müssen sie sich verpflichten, bis 2020 jedem, der studieren kann und will,

einen Studienplatz zur Verfügung zu stellen und Zugangshürden abzubauen. Durch eine bundeseinheitliche Hochschulzugangsberechtigung beruflich Qualifizierter muss der Zugang für Studieninteressierte ohne Abitur verbreitert werden;

5. der Bildungsgipfel muss die Finanzierung der prioritären Vorhaben sicherstellen. Deswegen müssen für die Föderalismusreform II der sog. Bildungssoli und die Bewertung von Nettobildungsausgaben als Investitionen vereinbart werden. Allein mit dem sog. Bildungssoli könnten 23 Mrd. Euro bis 2019 und durch den Verbleib der demografischen Reserve rund 2 Mrd. Euro jährlich für die Verbesserung des Bildungssystems eingesetzt werden.

Berlin, den 15. Oktober 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion